Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 38,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 40 | Dresden, Donnerstag den 16. Februar 1922 | 33. Jahrg.

Die Mehrheit für Wirth

Der Vertrauensantrag für das Kabinett Wirth ist gestern im Reichstag mit 220 gegen 185 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen worden. Für den Vertrauensantrag haben gestimmt die drei Koalitionsparteien, der Bayerische Bauernbund, 2 Welfen und 2 Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Gegen den Vertrauensantrag Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und U. S. P. Der Stimme enthalten hat sich die Bayerische Volkspartei. Von den 61 Mann, die der U. S. P. angehören, haben sich freilich nur 32 an der Abstimmung beteiligt, die übrigen sind entweder überhaupt nicht im Reichstag erschienen oder haben keinen Zettel abgegeben. Ein Teil der Unabhängigen, der offenbar dem Flügel um Breitscheid angehört, hat also doch genug Verantwortungsgefühl besessen, um den Sturz der Regierung zu verhindern.

Von den Abgeordneten, die gestern für das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Wirth gestimmt haben, wird mancher **froh gewesen** sein, als das Ergebnis zeigte, daß eine **Mehrheit für die Regierung Wirth** vorhanden ist, denn niemand wußte, was eigentlich hätte werden sollen, wenn wirklich die Regierung Wirth gefallen wäre. Die Opposition ist bunt zusammengewürfelt. Sie setzt sich aus den zwei extremen Flügeln des Reichstages zusammen, von denen keiner in der Lage gewesen wäre, eine Regierung zu bilden.

Der Sieg, den Wirth erfochten hat, ist nicht gerade glänzend. Er verdankt ihn in der Hauptsache dem Umstand, daß ein großer Teil der Unabhängigen an der Abstimmung nicht teilnahm. Hätte die Unabhängige Fraktion sich einigermaßen geschlossen an der Abstimmung beteiligt, so wäre zwar der Vertrauensantrag auch noch mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen angenommen worden, aber wenn man diejenigen, die sich der Stimme enthielten, den Neinsagern zugezählt hätte, so wäre doch im Reichstag eine **Mehrheit** vorhanden gewesen, die **nicht** für den Vertrauensantrag gestimmt hätte. Unter diesen Umständen wäre es zweifelhaft gewesen ob Wirth noch hatte im Amt bleiben können.

Unter normalen Verhältnissen könnte man die Frage aufwerfen ob nicht eine Regierung, die sich auf eine so verhältnismäßig kleine Mehrheit stützen kann, wie jetzt die Regierung Wirth, nicht besser täte, an das Volk zu appellieren. An dieser Stelle sind schon wiederholt die Gründe dargelegt worden, die es **jetzt** wünschenswert erscheinen lassen daß eine Reichstagsauflösung und Reichstagswahlen vermieden werden. Im Interesse des deutschen Volkes **muß die Regierung Wirth bleiben**. Es gilt jetzt eine Abänderung der Wiedergutmachungsbedingungen herbeizuführen, die es unserm Volke ermöglicht, aus seinem wirtschaftlichen Elend herauszukommen, und so weit sich bisher übersehen läßt wird sich keine Regierung finden lassen, die so geeignet ist, diese Aufgabe zu erfüllen, wie die Regierung Wirth.

Niemand wird freilich glauben dürfen, daß die Stellung der Regierung Wirth nun **für längere Zeit** gefestigt ist. Neue große Schwierigkeiten werden sich voraussichtlich für das Kabinett bei der Erledigung der Steuervorlagen ergeben. Es ist jetzt sehr wahrscheinlich, daß sich die Deutschen Volksparteiler an ihre Zusage nicht halten und versuchen werden, der Regierung bei den Beratungen über die Steuerreform wieder ein Bein zu stellen. Aber auch wenn die Steuerreform zustande kommt, wird die Lage der Regierung unsicher bleiben und so müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß über kurz oder lang das Volk zur Entscheidung darüber aufgerufen wird, wer in Deutschland die Regierung führen soll. Für die Arbeiterschaft gilt es also, gerüstet zu sein.

Die Abstimmung

Für die Regierung stimmten:

Sozialdemokraten	107	**Stimmen**	(108 Sitze)
Zentrum	67	„	(72 „)
Demokraten	38	„	(40 „)
Welfen	2	„	
Bauernbund	4	„	
Bayer. Volkspartei	2	„	(20 „)
	220	**Stimmen**	

Gegen die Regierung stimmten:

Deutschnationale	68	**Stimmen**	(71 Sitze)
Deutsche Volkspartei	60	„	(65 „)
Unabhängige	32	„	(61 „)
Kommunisten	24	„	(26 „)
Wild	1	„	
	185	**Stimmen**	

Stimmenhaltung übten:

Bayer. Volkspartei	16	**Stimmen**	(20 Sitze)

Die Fehlenden

Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum haben gefehlt **vier Deutschnationale:** die Abgeordneten Arnstadt, Haag, Neuhaus, Düsseldorf, Graf v. Kanitz, **fünf Vertreter der Deutschen Volkspartei:** die Abgeordneten Dr. Heinze, Keubler-Böhm, Dr. Quaatz, von Kramer, Spetzler; **vier vom Zentrum:** die Abgeordneten Dr. Bell, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Gesandter Dr. Pfeiffer, Frau Teusch; **25 Unabhängige:** Brandes, Dr. Breitscheid, Breunig, Brühl, Ditzmann, Ernst, Fleißner, Dr. Herz, Jaeckel, Frau Kasch, Koyke, Lipinski, Oettinghaus, Puchta, Raute, Ristau, Ryssel, Seger, Leipzig, Frau Sender, Staab, Unterleitner, Vogtherr, Frau Wulff, Frau Ziegler, Württemberg, Merkel; **zwei Demokraten:** Staatspräsident v. Hieber und Dr. Schiffer (zur Zeit in Genf); **ein Hannoveraner:** Dr. Graf von Bernstorff (Hannover), **zwei Bayerische Volkspartei:** Dr. Mayer (Botschafter in Paris) und Schwarzer; **drei Kommunisten:** Düwell (der sich an der Abstimmung als einziger Kommunist nicht beteiligt hat), Eckhardt und Frau Zetkin (zur Zeit in Moskau); **ein Sozialdemokrat:** Seemann.

Bemerkenswert ist, daß **keiner** von den **dreisächsischen unabhängigen Ministern** an der Abstimmung teilgenommen hat.

• • •

Und alles war ein Spiel

Aus Berlin wird uns geschrieben: Ein kleiner Rechenfehler hat den Sieg des Kabinetts Wirth im Reichstage noch größer erscheinen lassen als er war. Das endgültige Ergebnis zeigt 220 Ja und 185 Nein bei 16 Enthaltungen. Die Mehrheit beträgt 35 oder, wenn man die Enthaltungen zu den Feinden des Kabinetts zählt, 19. Aber es kommt auf die Mehrheit nicht viel an. Es mag nur ein Witz sein, aber es liegt ihm ein tiefer Ernst zugrunde, daß man nötigenfalls eine Mehrheit herausgezählt hätte, wenn keine dagewesen wäre. Denn was nach einer Niederlage des Kabinetts Wirth hätte geschehen sollen, weiß wirklich kein Mensch.

Noch eine halbe Stunde nach Verkündung des Abstimmungsresultates stand Herr Helfferich mit dem Bleistift in der Hand im Wandelgange und rechnete und rechnete, woher bloß die Mehrheit des Kabinetts Wirth stamme. Diese Mehrheit stammt nicht aus der Arithmetik, sie stammt aus der Politik. Sie stammt daher, daß die tapferen Parteien, die das Mißtrauen beantragt haben, Wirth um keinen Preis stürzen wollten. Nichts war sicherer, als daß sich für das Kabinett Wirth eine Mehrheit finden würde. So viel Stimmenthaltungen und Abkommandierungen mußten eben vorgenommen werden, daß die Mehrheit zustande kam, denn man wollte Wirth nicht stürzen; man konnte Wirth nicht stürzen. Man hätte Wirth an den Rockschößen festgehalten, wenn er hätte ausreißen wollen. Deutschland braucht ihn unbedingt für Genua, und alles andere war nur agitatorisches Theater, war nur demagogisches Mätzchen.

Die tapferen Ministerstürzer werden höhnen, daß Wirth trotz der kleinen Mehrheit bliebe. In Wahrheit sind sie **heilfroh**, daß Wirth die Mehrheit erhalten hat, und alles andere ist **Lüge** und **Unsinn**. Eine andere Mehrheitsbildung, eine andere Regierung konnte jetzt garnicht zustande kommen. Kein Reichskanzler und kein Außenminister konnte nach Genua gehen, als Joseph Wirth und Walter Rathenau. Reichstagsneuwahlen wollte keine, keine einzige Partei; es war vor Genua auch gar keine Zeit dazu. Unter den Auguren stand es fest, daß Wirth bleiben müßte und bleiben würde. Aber trotzdem war es ein interessantes und aufregendes Schauspiel. Nur wer den Ansturm gegen Wirth nicht für Theater, sondern für Wirklichkeit hält, ist wegen seiner Naivität aufrichtig zu bedauern.

In allen parlamentarisch regierten Ländern wird die Hauptschlacht nicht ausgetragen beim Vertrauens- oder Mißtrauensvotum. Die Entscheidung fällt bereits bei dem Kampfe um die Priorität, d. h. um die Frage, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung kommen soll. Im Reichstag hat sich heute eine überwältigende Mehrheit dafür entschieden, gemäß dem Verlangen der Regierung zuerst das Vertrauensvotum zur Abstimmung zu bringen. Grund: auch die Opposition wollte, daß das Kabinett Wirth siegt und bleibt. Alle Achtung vor dem Mut des Kanzlers, der den Stier bei den Hörnern gepackt hat. Aber leichter und unblutiger ist noch kein Sieg erfochten worden; von den Feinden des Kanzlers **wollte** niemand siegen.

Das Kabinett Wirth hat also sein Vertrauensvotum und bleibt für die nächste Zeit. Das Steuerkompromiß ist wieder zweifelhaft geworden, und die Unabhängigen brauchen nur ein wenig Willen zur Vernunft, um es ein gut Stück nach links zu ziehen, statt daß es durch die Volkspartei nach rechts geschleppt wird. Aber das sind Sorgen von Morgen.

Vertrauen! Wir sagen damit wahrhaftig nicht, daß uns die Zustände in Deutschland und alle Regierungshandlungen gefallen. Der Brotpreis verdoppelt sich, das Geld entwertet sich immer mehr, die Börsenjobber streichen Riesengewinne ein. Ein ganz kleiner Kreis schwelgt und prahlt, die Masse des Volkes, Arbeiter, Angestellte und Beamte darben. Dazu unsre Zustimmung? Nicht doch! Das Schlimmste an diesen Zuständen ist unabwendbare Folge des verlorenen Weltkrieges der Hohenzollern und Junker, unabwendbares Diktat einsichtsloser Sieger. Und die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth ist die einzig mögliche, die furchtbare Ausbeutung durch die Siegerländer allmählich zu mildern.

Aber auch vom Unvermeidlichen abgesehen, können Verhältnisse und Regierungshandlungen uns oft nicht begeistern. Der Name Hermes genügt ja. Arbeitern und Beamten wird das Notwendigste versagt, Agrarier und Düngemittelfabrikanten erhalten Liebesgaben über Liebesgaben. Das Steuerkompromiß stellt auf die Erfassung der Sachwerte nur eine kleine und nicht einmal glückliche Abschlagszahlung dar. Trotzdem Vertrauen? Ganz gewiß und ohne jeden Zweifel; denn dieses Kabinett Wirth ist unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen das Beste, das für die Arbeiterklasse zu erreichen ist. Alles Bessere ist, wie die Dinge leider liegen, ein schöner Traum. Zerklüftung, Putsche, wilde Streiks, Mangel an Gemeinsinn, haben seit der Revolution die Macht der Arbeiterklasse so geschwächt, daß sie im Augenblick ein wirklich ihren Wünschen entsprechendes Kabinett gar nicht durchzusetzen, gar nicht zu halten vermag. Traurig genug, aber wahr. Und gewiß nicht die Schuld derer, die in der alten großen Sozialdemokratie an Recht und Vernunft festgehalten haben. „Wir billigen die Handlung der Regierung" — das ist kein absolutes Werturteil, das heißt nichts weiter, als daß wir die Regierung halten, weil, eine viel schlechtere oder das Chaos käme, wenn sie stürzte. Und im Grunde genommen wissen das Unabhängige und Volksparteiler genau so gut wie wir, und deshalb wollten sie nicht siegen, und deshalb hat das Kabinett Wirth triumphiert. Ob es nun mehr nach rechts oder nach links geht, das wird davon abhängen, wer klüger ist: Unabhängige oder Volksparteiler. Wer immer von beiden zuviel verlangt, wird nichts erhalten. Wer die tatsächlichen Machtverhältnisse richtig einschätzt, kann für die von ihm vertretenen Klasseninteressen eine ganze Menge herausholen.

Abstimmungen im Landtage

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages erfolgten zunächst mehrere Abstimmungen. Der Antrag Dr. Seyferth und Genossen, zur Anfrage des Abg. Dr. Reinhold und Genossen wegen der sozialistischen Ministerkonferenz: „Der Landtag erklärt sich durch die Erklärungen der Regierung nicht für befriedigt und mißbilligt sie", wird mit den Stimmen der Linksmehrheit abgelehnt.

Dann erfolgte die Abstimmung über den Antrag Ebert und Genossen, auf Auszahlung einer einmaligen Teuerungszulage an Arbeiterrentner und Rentenlose. Der Haushaltsausschuß B hatte dazu folgenden Antrag gestellt: **Der Antrag Ebert ist nicht durchführbar**, da nicht der Freistaat Sachsen, sondern das Reich verpflichtet hat, für Rentner ausreichend zu sorgen. Gleichwohl wird die sächsische Regierung ersucht, mit aller Entschiedenheit beim Reiche vorstellig zu werden, um die immer mehr drohende Not aller Rentner zu beheben. Mehrere dazu vorliegende sächsische Minderheitsanträge, die teilweise sogar noch über den Antrag Ebert hinausgehen, werden mit ebenso großer Mehrheit abgelehnt und es wird im Sinne des Ausschußantrages beschlossen.

Eine Note über die Deutschen Werke

Eigene Drahtmeldung

rs. Berlin, 16. Februar. Als Antwort auf die deutsche Note vom 12. Januar und im Anschluß an den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 28. Dezember 1920 hat General **Nollet** als Vorsitzender der Interalliierten Militärkommission dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der grundsätzlich festgelegt ist, daß die Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den **Deutschen Werken durchgeführt** werden muß, wobei den besonderen Interessen der Arbeiter Rechnung getragen werden würde. Die Note fordert als Unterlage bis zum 15. Mai das zukünftige Fabrikationsprogramm der Werke Erfurt, Spandau-Haselhorst und Wolfgang (Hanau), ferner einen **übersichtlichen Plan**, aus dem die Nutzbarmachung der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstatt und Maschinen ersichtlich ist.

Die Fabrikationszweige, die tatsächlich im Laufen sind, aber endgültig verboten wurden, können **provisorisch weiterbetrieben werden**. Die Umstellung muß aber beendet sein (Das ist schon in einer früheren Note zugestanden worden. Anmerkung der Red.), sobald die Kontrolle der alliierten Mächte effektiv ist. Im weiteren Teil der Note trifft Nollet Richtlinien über den Betrieb der einzelnen Werke: 1. In den Werken Erfurt und Spandau-Haselhorst darf die **Herstellung von Schußwaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weitergeführt werden**. Die Werke dürfen jedoch provisorisch diese Fabrikation weiterführen. 2. Im Werke Wolfgang wird die Herstellung von Nitro-Zellulose verboten. Die Genehmigung der Weiterfabrikation wird **nur vorläufig** erteilt. Genehmigt wird die Herstellung von Kollodium für Filmzwecke und die Herstellung von künstlichem Leder, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven sowie alle der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten. Ferner muß die Anlage zur Herstellung von Nitro-Zellulose unverzüglich auf eine Leistung von 50 Tonnen monatlich herabgesetzt werden. Der übrige Teil der Anlage muß verschwinden, bis auf die 12-Hektar-Zone. Alle ins einzelne gehenden Anordnungen werden seitens der Distriktkommissionen gegeben werden. Ueber das Hüttenwerk Spandau verfügt die Kontrollkommission entsprechend dem von der deutschen Regierung eingebrachten Antrag.

Schließlich hält es die Kommission für zweckmäßig, noch folgendes zu erwähnen: **1. Es ist keine Aenderung eingetreten in bezug auf die Entscheidungen, die die Zerstörungen und Zerstrümmerungen der Maschinen betreffen, die für Erfurt und Spandau angewandt werden. 2. Die Kontrolle seitens der Distriktkommissionen über Veränderungen und Neubeschaffungen bleibt weiter aufrechterhalten. 3. Die Fristverlängerung, die in der deutschen Note für die Zerstörungen für Maschinen gefordert wurde, wird zugestanden. Der Termin ist auf den 1. März verschoben worden.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG